



Interviews

17. Mai 2026

David Freches im Gespräch mit Christian Schmidt, Hoher Vertreter für Bosnien und Herzegowina

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Freches: Am Mikrophon heute David Freches. In Sarajevo begrüße ich Christian Schmidt, den Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina in seinem Büro, dem OHR, wie es auch international abgekürzt wird. Herr Schmidt, schön, dass Sie da sind.

Schmidt: Guten Tag, freut mich.

Freches: Herr Schmidt, Sie haben vor etwa einer Woche bekannt gegeben, dass Sie nach rund fünf Jahren im Amt ausscheiden. Und dann hat die Frankfurter Allgemeine Zeitung geschrieben, dieser Rücktritt oder dieses Ausscheiden aus dem Amt, das erfolgt nicht freiwillig. Was ist vorgefallen, dass Sie diesen Schritt gehen?

Schmidt: Ich habe den Schritt selbst persönlich gewählt und entschieden. Ich habe ihn abgewogen an den Konsequenzen, nicht für mich, sondern für die Zukunft hier im Haus, im OHR, und im Land, wenn Sie so wollen. Und da kam ich in der Abwägung dazu, dass es besser ist, den Schritt jetzt zu machen. Ja, es hat natürlich Gespräche gegeben, die nicht in die gleiche Richtung gegangen waren, Gespräche mit der internationalen Gemeinschaft. Und gerade deswegen, weil ich der Meinung bin, die internationale Gemeinschaft, die ja immer noch der Träger des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina ist, muss sehr darauf achten, dass sie gemeinsam und einheitlich vorangeht, sonst ist sie, wenn ich das so sagen darf, nur die Hälfte wert. Und die Entscheidung hat meine beeinflusst. Ich gehe schon schweren Herzens.

Freches: Auch der Guardian hat über Ihren Rückzug gesprochen und berichtete, es habe großen Druck der USA auf Sie gegeben. Dazu passt, dass es zunächst hieß, Sie blieben im Amt, bis Ihr Nachfolger kommt. Jetzt haben Sie turnusmäßig Ihren Bericht abgegeben, in New York, im UN-Sicherheitsrat, und haben da in der Rede erwähnt, Sie gingen schon im Juni. Haben die USA Druck auf Sie ausgeübt und wenn ja, wie muss ich mir das vorstellen?

Schmidt: Ja, bis der Nachfolger kommt, das ist natürlich eine große Frage. Ich denke schon aber, dass man diese Zeiten der Übergangszeiten kurz halten muss. Aber jetzt zu sagen, ich gehe, und dann sehen wir uns zu Weihnachten hier in der gleichen Funktion, das trifft das irgendwie nicht. Und deswegen spiegelt es auch meine Erwartung wider, dass bis zu diesem Zeitpunkt jemand da ist.

Freches: Noch einmal die Frage: Haben die USA Druck auf Sie ausgeübt, dass Sie Ihren Rückzug erklären?

Schmidt: Es gab Gespräche mit den USA. Es gab Gespräche mit den Briten, den Franzosen, den Deutschen, der Europäischen Union. Und ja, da gab es unterschiedliche Meinungen, die sich aber jetzt weniger festgemacht haben am genauen Datum, sondern man muss schon sehen, dass wir aus den USA heraus ein anderes Verständnis jetzt auch der Politik im Balkan mit sehen. Und ich glaube, jeder spürt es, dass wir in einer politischen, weltpolitischen Umbruchphase sind, die ihresgleichen sucht, und die wir so noch nie gesehen haben.

Freches: In Ihren fünf Jahren im Amt haben Sie unter anderem viel gegen Wahlbetrug unternommen. Was verbuchen Sie in dieser Zeit noch als Gewinn für sich?

Schmidt: Wiedergewinnung von Vertrauen der Menschen in die Wahlen und in die Demokratie letztendlich, da konnten wir tatsächlich viel erreichen. Und ich habe zudem angewiesen im Gesetz, dass Kriegsverbrecher, die verurteilt worden sind wegen Kriegsverbrechen oder Genozid, nicht antreten dürfen für irgendwelche Ämter. Ich möchte nicht, dass einer Bürgermeister ist, der vorher Menschen erschlagen hat. Und diese Wege, das ist Vertrauensbildung. Was habe ich sonst erreicht? Ich denke Funktionalität, als ich hierher kam, war die Föderation eine der beiden Teilrepubliken, wenn man so sagen kann, oder Bundesländer von Bosnien-Herzegowina. In dem fand ich einen Ministerpräsidenten, der vier Jahre geschäftsführend im Amt war. Der war gar nicht mehr gewählt nach der letzten Wahl. Zwei Minister waren irgendwie verschwunden, flüchtig oder wo auch immer. Eine nicht-funktionierende Staatssituation für die Föderation, das habe ich aber kräftig umgemodelt. Ich musste allerdings sogar noch der jetzigen im Amt befindlichen Regierung durch eine Verfassungsergänzung die Möglichkeit geben, dass überhaupt einer gewählt wird. Dann auch die Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank, wir haben es geschafft. Was ich nicht erreicht habe, wir haben immer noch in Bosnien Schulen, die Kinder unterschiedlich unterrichten. Die haben unterschiedliche Geschichtsnarrative und Geschichtscurricula. Und mir ist es nicht gelungen, diese völlig falsche Situation, dass es Schulen gibt, die sich an der ethnischen Herkunft der Schülerinnen und Schüler ausrichten, komplett aufzulösen.

Freches: Der Lehrplan ist wahrscheinlich in Bezug auf Mathematik jetzt nicht so wichtig, aber im Geschichtsunterricht, wenn es um Krieg, Kriegsverbrechen geht, darauf wollen Sie wahrscheinlich hinaus. Richtig?

Schmidt: Genau, es geht auch um die unterschiedlichen Geschichtserzählungen. Die dürfen ja durchaus auch sein. Man muss nicht sagen, jeder muss alles auf Punkt und Komma genauso haben, aber die Anleitung zur Urteilsfähigkeit und zur eigenen Bewertung, Entscheidungsfindung, die wird durch ein sehr stark ethnisches Umfeld eher verhindert. Das ist ein Punkt, der in der Gesellschaft stärker nach unten wirkt, als ich das erwartet hatte.

Freches: Viele Menschen verbinden Bosnien-Herzegowina mit politischem Chaos. Sie haben jetzt in den vergangenen Tagen aber auch gesagt, dass die Menschen im Land, ich zitiere „Europäer par Excellence“ sind, dass sie überzeugt sind von Europa, von der Idee der Europäischen Union. Ist ein großer Makel Ihrer Amtszeit, dass es noch kein EU-Beitrittsverfahren gibt?

Schmidt: Das ist ein Makel in meiner Amtszeit, nicht meiner Amtszeit. Es ist eigentlich sehr bedauerlich. Bis 2022 und 2024 hat man ja die Einladung zum Beitritt als Kandidatenland erhalten. Und übrigens, dass der rechtliche Rahmen eben weitestgehend gar nicht so schlecht ist, das liegt allerdings auch ein großes Stück daran, dass meine Vorgänger und ein klein wenig auch ich in der Gesetzgebung Dinge auch auf europäische Standards mit angepasst haben. Woran liegt das, dass das nicht der Fall ist? Woran liegt das, dass der sogenannte Wachstumsplan mit einer Reform-Agenda durch die EU-Kommission verbunden, mit einem Angebot, eine Milliarde Euro auf den Tisch zu legen für Projekte, für den Haushalt in Bosnien-Herzegowina zur Umsetzung, dass der immer noch nicht umgesetzt worden ist und zwischenzeitlich schon 450 Millionen Euro nach Auskunft der EU-Kommission flöten gegangen sind? Das liegt an dieser Lust an der gegenseitigen Blockade.

Freches: Der serbisch dominierte Landesteil in Bosnien Herzegowina, die Republika Srpska, dort gibt es Pläne, diesen Landesteil aus dem Gesamtstaat hinauszulösen. Es gibt Stimmen, die sagen, das ist kein bosnisches Problem, sondern das ist auch ein europäisches Problem. Haben diese Stimmen recht?

Schmidt: Absolut, zumal es keinen rein serbischen Landesteil, keinen rein bosnischen, bosniakischen oder kroatischen gibt. Diese zwei Bundesländer sind in sich wiederum auch multiethnisch. Bei den 800.000 Einwohnern in der Republika Srpska sind 50.000 bis 60.000 Bosniaken, 20.000, ich weiß nicht genau, Kroaten, die auch einen eigenen Vizepräsidenten jeweils haben und die natürlich auch genau ihr Existenz- und Lebensrecht dort bitte genießen dürfen. Außerdem ist es evident gegen Dayton. Der Dayton-Vertrag baut ja gerade darauf auf, dass dieses, sollte ich sagen, Jugoslawien im Kleinen, dieses Bosnien-Herzegowina, so wie es seit vielen Jahrhunderten eigentlich war, immer von verschiedenen Kultureinflüssen geprägt war, und dass man Staatlichkeit sieht und die auch halten will. Was wäre denn die Alternative? Entweder Sie schaffen dann homogen reine Bevölkerungsstrukturen. Das ist völlig undenkbar. Sie sehen ein Minarett in einem kleinen Dorf, eine Moschee, im nächsten Dorf ist es ein Kirchturm. Dann müssen Sie dann hinblicken, ist es ein orthodoxer oder ein katholischer. Das ist nicht machbar. Das ist der völlig falsche Weg. Diese Botschaft, die muss hier ganz, ganz, ganz stark kommuniziert werden.

Freches: Sie hören den Deutschlandfunk, das Interview der Woche mit Christian Schmidt, dem Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina in seinem Büro in Sarajevo. Eine Idee, die kursiert mit Blick auf Ihr Amt, ist, das OHR, das Amt des Hohen Repräsentanten zu schließen und die nicht gelösten Aufgaben oder die Probleme im Land zu überführen in Verhandlungskapitel im Zuge des EU-Beitrittsprozesses. Ist das aus Ihrer Sicht eine gute Idee?

Schmidt: Sie werden nicht überrascht sein, wenn ich sage nein. Dahinter steckt die aus meiner Sicht falsche Hoffnung, dass im EU-Beitrittsprozess die Dinge einfacher werden. Ja, im Ergebnis nach einem EU-Beitritt ja, aber ich warne davor, dass wir alle ungelösten Fragen auf dem EU-Beitrittsprozess darauf werfen. Dann wird der nämlich überlastet werden. Ich muss es jetzt dann doch sagen. Das klingt nicht sehr kommod, ist es auch nicht. Hier in diesem Land brauchen Sie nicht nur Überredungskunst und Runde Tische, hier brauchen

Sie auch die Möglichkeit, Sticks and Carrots, auch Dinge einfach anzuordnen. Dieses Instrument empfehle ich dringend zu behalten, vor allem auch im Hinblick auf diese Sezessionsbestrebungen.

Freches: Darf ich kurz einhaken? Im Kontext dazu steht ja die Frage, wie notwendig Ihr Amt noch ist.

Schmidt: Ja.

Freches: Einerseits müssen Sie sich ja nicht vor dem bosnischen Staatsvolk verantworten, sondern, in Anführungszeichen, nur alle sechs Monate in New York vor dem UN-Sicherheitsrat. Andererseits hat sich dann in der hiesigen Politik so eine Haltung breit gemacht, dass alle Probleme schon irgendwie von außen gelöst werden von Ihnen, von der EU, von den USA. Wo und wie ziehen Sie denn da die Grenze?

Schmidt: Die Analyse ist richtig, ich teile die. Und ich spüre das selbst, dass dieses Berühmte hinter vorgehaltener Hand, einerseits der Hohe Repräsentant ziemlich kritisch gesehen wird – das ist auch das gute Recht der Menschen, das würde ich vielleicht auch machen –, andererseits aber eine übersteigerte Hoffnung und Erwartung in den Hohen Repräsentanten gesetzt wird, er soll alle Probleme, die so entstehen, mal gerade mit einem Fingerschnipsen lösen. Das zusammenzubringen, das ist schwierig, vor allem wenn das politisch verantwortliche Leute sind. Und ich muss dann auch manchmal sagen, ich kann das nicht lösen, dieses große Vertrauen in eine größere Autorität. Manche sagen, früher war es der Sultan, dann war es der österreichische Kaiser, dann war es Tito. Irgendwo am Schluss lösen die das dann. Das muss natürlich weg. Mir wäre es am liebsten, wenn wir jetzt endlich in einen Verfassungsprozess kommen würden, und zwar nicht wieder auf einer Luftwaffenbasis in den USA, Dayton, Ohio, wo dann unterschieden wird zwischen internationalen Vertretern, die Verfassung, sondern es ist eine verfassungsgebende Gewalt, und dass es nur die Bürgerinnen und Bürger geben würde. Ich bin mit relativ viel Optimismus hierher gegangen. Und ich muss zugestehen, das ist nicht in meiner Erfolgsliste einzureihen, sondern da sehe ich, dass wir gerade erst am Anfang stehen. Sie haben eine relativ schwache Zivilgesellschaft hier. Es gibt kluge Leute, die das aufgreifen. Es gibt aber keine Bewegung sozusagen in der Bevölkerung, die sagt: „Nun lasst uns das tun.“

Freches: Wie kann denn der Weg von Bosnien-Herzegowina in die EU aussehen?

Schmidt: Der kann nach meiner Überzeugung nur stufenweise stattfinden. Er kann nicht nach der klassischen Methode stattfinden, wir setzen uns jetzt hin und verhandeln alle Gesetze durch. Wir schauen uns alles an, was funktioniert und was nicht funktioniert. In den nächsten fünf Jahren, wenn Sie mir erlauben, die Zahl zu nennen, muss eine Botschaft an die jungen Menschen in Bosnien-Herzegowina gehen. Es lohnt sich, hierzubleiben, und ihr seid deswegen nicht von Europa ausgeschlossen. Wir haben die Möglichkeit der visumfreien Bewegung, Zusammenarbeit im Ökonomischen, Bildung, auch Stärkung der Möglichkeit der Investition hier für Start-ups. Wenn wir diese Voraussetzung schaffen, wird das ein Teil Europas im ganz normalen Sinne werden.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Freches: Sie hören den Deutschlandfunk, das Interview der Woche mit Christian Schmidt, dem Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina in seinem Büro in Sarajevo. Ich möchte auf Milorad Dodik zu sprechen kommen, die wichtigste politische Figur im serbisch dominierten Landesteil der Republika Srpska, ehemaliger Präsident, ein Verbündeter Wladimir Putins. Milorad Dodiks Plan ist, den serbisch dominierten Landesteil aus dem Gesamtstaat hinauszulösen. Er wurde deshalb abgesetzt per Gerichtsurteil. Und als dieses Gerichtsurteil vor etwa einem Jahr final bestätigt wurde, da galt das als Sieg für die Justiz im Gesamtstaat und in einer, ich nenne es einmal, Art Privatfehde zwischen Ihnen beiden auch als Sieg für Sie. Sie haben Gesetze in der Republika Srpska annulliert. Herr Dodik hat Sie dafür oft kritisiert und beleidigt. Ich frage mich jetzt, ist im Endeffekt Milorad Dodik nicht der, in Anführungszeichen, Sieger in diesem Duell zwischen Ihnen beiden? Denn an seinen Plänen einer unabhängigen Republika Srpska arbeitet er ja nach wie vor.

Schmidt: Also, ich glaube, dass die Unabhängigkeit der Republika Srpska eine Gefahr ist. Die ist latent vorhanden, aber die internationale Gemeinschaft hat um die EU insbesondere, aber auch selbst die USA jetzt gerade diese Woche im Sicherheitsrat völlig klargemacht, dass sie dem nicht folgen würden, trotz mancher Avancen und Usancen. Lassen Sie mich das umgekehrt sagen. Also, ich habe keine Privatfehde mit ihm, aber ich habe eigentlich nicht vorgehabt, meinen Aufenthalt hier an der Dauer der Anstrengungen von Herrn Dodik zu messen, wie lange er seine Sezession betreiben will. Diese Abspaltung hat er übrigens zum ersten Mal 2011 bereits diskutiert, und er wollte ein Referendum dafür haben. Das heißt, es sind 15 Jahre jetzt, und ich denke, dass dieses Thema im Griff behalten werden kann. Wenn nicht, dann muss mein Nachfolger, aber dann muss auch die internationale Gemeinschaft dann wirklich Klartext reden. Ich habe jedenfalls in meinen Jahren genügend Klartext und auch genügend Aktivitäten gezeigt, um dieses einzudämmen. Aber Herr Dodik mag sich für wichtig fühlen. So wichtig, dass ich meine Planungen an ihm ausrichte, ist er nicht.

Freches: Gegen Milorad Dodik gab es sehr lange US-Sanktionen. Die sind dann im Winter weggefallen. Wie haben die USA denn ihre Politik mit Blick auf Bosnien-Herzegowina verändert?

Schmidt: Die neue Administration hat die Gewichte da verschoben. Da soll man nicht drum herum reden. Ich hatte, soweit ich da gefragt war, durchaus zu bedenken gegeben, dass man in dieser Region der Welt bitte nicht auf Versprechungen setzen sollte. Ich weiß nicht, welche Versprechungen Herr Dodik intern gegeben hat, aber seine Ankündigungen hätten den Eindruck geben können, dass er dann ganz brav ist, und dass er dann überhaupt nie mehr was macht. Wer das erwartet hat, der hat den Westbalkan noch nicht in seiner Fülle verstanden. Und deswegen glaube ich auch nicht, dass das jetzt eine amerikanische Intention war. Ich hätte dafür plädiert, eine stufenweise Reduzierung zu machen, einfach um zu sehen, wie der Herr sich ja verhält, und dann muss man solche Dinge zur Bewährung aussetzen.

Freches: Im Zusammenhang mit Milorad Dodik gibt es auch Spekulationen über eine Gaspipeline, die von Kroatien nach Bosnien führen soll. Die Pipeline-Firma, die kommt aus dem Umfeld des US-Präsidenten. Und zu diesem Umfeld hat Milorad Dodik gute Kontakte aufgebaut. Sie sollen Ihre Zweifel haben an diesen Pipeline-Plänen. Milorad Dodik hatte die

aber unterstützt. Würden Sie mir widersprechen, wenn ich sage, Sie sind einem Deal zum Opfer gefallen? Dodik unterstützt die Pipeline, und im Gegenzug übt die US-Regierung Druck auf Sie aus, um Sie aus dem Weg zu räumen?

Schmidt: Da würde ich sagen, das halte ich für ziemlich konstruiert. Die Pipeline betrifft ja Dodik eigentlich oder die Republika Srpska nicht, mittelbar natürlich schon, aber sie soll von Kroatien in die Föderation hineingehen. Die Gesetzgebung hat auch in der Föderation in dem Landesteil, in dem Herr Dodik gar nichts mitzuschneiden hat, stattgefunden. Die Pipeline an sich ist richtig. Sie entspringt auch dem Gedanken einer Machbarkeitsstudie, die im Jahr 2020 von der EU in Auftrag gegeben worden ist oder von einem EU-nahestehenden Gremium, um zu verhindern, dass Bosnien auf Dauer von Gazprom abhängig ist, also russisches Gas rauszubringen und durch LNG-Gas zu ersetzen, durch ein Flüssiggas, das überwiegend aus den USA kommt, aber auch woanders her kommen kann in Kroatien. Meine sind die rechtlichen Fragen. Wie werden wir das schwierige Thema des sogenannten Staatseigentums eigentlich lösen? Was heißt Staatseigentum? Das ist immer noch aus der Tito-Zeit das kommunistische Volkseigentum. Jetzt sind von diesen ungeklärten Fragen, wem gehört eigentlich dieses Staatseigentum, bei dieser Pipeline 30 Prozent der Strecke betroffen. Das muss man regeln. Das ist übrigens mein Mandat. Ich will nicht vermessen sein, aber ich glaube, unter den Experten für diese Fragestellungen bin ich ziemlich gut sortiert, auch mein Team. Ich habe eine hervorragende Rechtsabteilung. Wir haben Vorschläge gemacht, und da beißt sich dann sozusagen der Hund wieder in den Schwanz, weil Herr Dodik der Meinung ist, dass das eigentlich alles Flächen sind, die dem Staat gar nicht gehören, sondern den Entitäten, den Bundesländern gehören. Und das ist hier so falsch, wie es woanders auch gewesen sein kann. Das heißt, wir haben eine Rechtsverleugnung, die gegenübersteht einer nicht umgesetzten Rechtsproblematik. Wir müssen Wege finden, dass das auch kompatibel zur Verfassung, übrigens auch europäischen Standards entsprechend, dann gebaut wird.

Freches: Sie hören den Deutschlandfunk, das Interview der Woche mit Christian Schmidt, dem Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina in seinem Büro in Sarajevo. Herr Schmidt, die USA haben diese Woche im Sicherheitsrat gesagt, in Bosnien-Herzegowina soll es künftig um Eigenverantwortung gehen und Souveränität. Wie einflussreich wird denn Ihr Nachfolger? Oder kommt diese Person nur, um das Amt letztlich abzuwickeln?

Schmidt: Das weiß ich nicht, und ich bitte um Verständnis, dass ich mich über meinen Nachfolger, den ich gar nicht kenne, der noch gar nicht benannt ist, über seine Kompetenz nicht äußern möchte. Ich will aber einen Hinweis geben. Bereits im Jahr 2007 sollte der OHR, das Office geschlossen werden, Mission erfüllt. Sie war nicht so ganz erfüllt. Was sagt uns das? Dass die Local Ownership, also die örtliche Verantwortlichkeit, die ja eigentlich gegeben sein sollte, dass das Prinzip und System nicht richtig funktioniert hat. Ich sehe und verstehe das allgemeine Bemühen jetzt zu sagen, so, jetzt lass uns das mal betrachten, wie weit wir solche Einschnitte und Regelungen brauchen. Wer mit großen theoretischen Hypothesen nach Bosnien-Herzegowina kommt, dem wünsche ich immer, erst einmal ein Jahr hier zu sein und dann seinen Realitätscheck zu machen.

Freches: Wir haben jetzt viel über Widrigkeiten gesprochen und Herausforderungen in diesem Land. Was macht Ihnen denn Hoffnung, dass Bosnien-Herzegowina trotz allem in eine stabile politische Zukunft blickt?

Schmidt: Die Menschen, nicht die Politik, die Menschen, die allerdings ein Gefüge erwarten, in dem sie sich bewegen können, wo sie ziemlich viel eigenständig machen können. Deswegen glaube ich, dass die europäische Integration schon der Rahmen ist, der einzige Rahmen, in dem auch diese Widersprüchlichkeiten im Land einigermaßen aufgelöst werden können. Wenn ich sage die Menschen, auch deswegen weil viele aus der Diaspora ihre Erfahrungen ins Land mit hineinbringen und versuchen, das sozusagen zu bewegen. Im Politischen, ich wiederhole es noch einmal, sind die Mechanismen noch nicht alle so da. Diese Menschen, wenn es heißt, die wollen nach Europa, das sind Europäer, dass die das in die eigene Hand nehmen. Deswegen bin ich auch für einen Verfassungsprozess und damit dann auch der Weg in eine europäische Integration mit weniger Bedeutung der Grenzen kommt. Wenn sich alles verhakt, verbeißt und nichts nach vorne geht, wird der Brain Drain, wie man sagt, die Auswanderung der guten Leute fortgesetzt werden, und wir werden in Situationen kommen, in denen die Staatlichkeit noch schwieriger zu organisieren ist, auch finanziell.

Freches: Wann endet für Sie die Amtszeit hier?

Schmidt: Das hängt davon ab, wann ein Nachfolger gefunden werden kann, und im Sicherheitsrat ist Ende Juni genannt worden.

Freches: Wie geht es für Sie denn persönlich in Zukunft weiter?

Schmidt: Ich bin ja nun erfreulicherweise nicht mehr in dem Alter, in dem ich um weitere Karriereschritte kratzen muss. Ich werde meinen 69. Geburtstag feiern. Ich habe nicht vor, mich auf das Altenteil zu setzen. Das traut mir auch keiner so richtig zu, der mich kennt, aber wichtig ist, ich beabsichtige, meine Zelte in Bosnien nicht komplett abzubauen. Und meine Frau, die mit mir hier lebt, hat im Gegensatz zu mir intensiv Bosnisch-Unterricht genommen. Die Zeit hatte ich gar nicht. Und ich hoffe, dass mir die Zeit dann bleibt und ist, dass ich Bosnisch besser lernen kann und verstehen kann, als ich das jetzt kann.

Freches: Herr Schmidt, ich danke Ihnen für dieses Gespräch!

Schmidt: Danke.